



Beck, Wilhelm

Autorin: Gerda Leipold-Schneider | Stand: 31.12.2011

Rechtsanwalt, Politiker, Publizist. *26.3. 1885 Triesenberg, †20.1.1936 Spital Walenstadt, von Triesenberg. Sohn des Kleinbauern und Gipsers Wilhelm und der Karolina, geb. Schädler, vier Geschwister. ∞ 2.6.1921 Maria Anna Bürke (*8.9.1887, †2.8.1968), von Wittenbach (SG), Lehrerin in Flums (SG); vier Kinder, u.a. Ivo Maria.

Primarschule Triesenberg, Landesschule Vaduz, Handelsschule Feldkirch, 1903–1905 Handelsakademie St. Gallen (Matura). 1905–1911 Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Zürich, 1909 Studienaufenthalt an der Ludwig-Maximilians-Universität München, 1911 Promotion (Dr. iur.). Mitarbeiter einer Versicherungsgesellschaft in Genf, 1912 Wechsel zu Emil Grünenfelder (Rechtsanwalt in Flums, Schweizer Nationalrat, katholisch-konservativ), der Beck in späteren Jahren unterstützte. Danach bis 1914 in der Rechtsanwaltskanzlei Guntli in St. Gallen tätig. 1914 eröffnete Beck das erste liechtensteinische Rechtsanwaltsbüro in Vaduz, wo er auch wohnhaft war (später in Triesenberg). 1926 trat sein politischer Mitstreiter Alois Ritter in seine Kanzlei ein. Beck war ein Pionier der liechtensteinischen Finanzdienstleistungen und des Treuhandwesens: Gemeinsam mit Emil Beck verfasste er das 1926 in Kraft getretene liechtensteinische Personen- und Gesellschaftsrecht (PGR). Vor 1930 wurde fast die Hälfte der liechtensteinischen Domizilgesellschaften von der Anwaltskanzlei Beck/Ritter gegründet, die auch im Geschäft der Finanzeinbürgerungen tätig war.

Becks politisches Engagement begann 1912, als er öffentlich die 1910 revidierte liechtensteinische Gewerbeordnung kritisierte; 1913 sprach er sich in der Gemeinde Triesenberg für eine Erhöhung des Armenfonds anstelle eines Kirchenkeubaus aus. In seinem Werk über das Recht des Fürstentums Liechtenstein (1912) kritisierte Beck das bestehende Armenrecht, die Arbeiterfürsorge und den Kinderschutz als unsozial und die liechtensteinische Verfassung als undemokratisch; anstelle einer unreflektierten Übernahme österreichischen Regelungen forderte er mehr eigenständige liechtensteinische Gesetzgebung.

1914 bildete Beck um sich eine oppositionelle Gruppe und gründete im April mit den «Obersrheinischen Nachrichten» (ON) eine zweite liechtensteinische Zeitung, deren verantwortlicher Redaktor er bis 1921 war. Bei den im Herbst 1914 stattfindenden Landtagswahlen errang seine Gruppe vier der 15 Mandate, davon eines für Beck selbst. Beck war 1914–1928 und erneut 1932–1934 Landtagsabgeordneter, 1919–1922 Vizepräsident und 1922–28 Präsident des Landtags. Von Beginn an brachte er in einem für



Liechtenstein neuen, forsch-diskursiven Stil sozialliberale Forderungen in den Landtag ein: billige Lebensmittel, unentgeltliche Schulbücher, Arbeitsbeschaffung, ein direktes Wahlrecht, die Neuanlage des Grundbuchs. Ausserdem forderte Beck eine Demokratisierung und – unter der Parole «Liechtenstein den Liechtensteinern» – die Nationalisierung von Regierung, Justiz und Verwaltung; besonders sollte der Regierungschef künftig die liechtensteinische Nationalität besitzen.

Vor den erstmals nach direktem Wahlrecht abgehaltenen Landtagswahlen 1918 begründete Beck mit der Veröffentlichung einer Kandidatenliste in den ON vom 6.3.1918 die Christlich-soziale Volkspartei (VP) als erste politische Partei Liechtensteins. Sie erreichte im Landtag 1918 eine Minderheitsposition.

Im November 1918, am Ende des Ersten Weltkriegs, nutzte Beck die u.a. wegen wirtschaftlichen Problemen gedrückte Stimmung im Land und bewegte gemeinsam mit Friedrich Walser und Martin Ritter durch ein nicht verfassungskonformes Vorgehen Landesverweser Leopold von Imhof zum Rücktritt. Nach diesem sogenannten Novemberputsch bildete Beck mit Martin Ritter und Josef Marxer (1871–1958) einen provisorischen Vollzugausschuss, der für einen Monat (7.11.–7.12.1918) die Regierungsgeschäfte führte und im Dezember 1918 vom neuen Landesverweser Prinz Karl von Liechtenstein abgelöst wurde. In der Regierung Prinz Karls war Beck vom 31.12.1918 bis 31.8.1919 (Rücktritt) als Regierungsrat vertreten. 1920 verzichtete Beck auf die ihm vom Fürsten verliehene Regierungsjubiläums-Erinnerungsmedaille, verbunden mit dem Wunsch, dass Liechtenstein bald eine neue, demokratische Verfassung bekomme.

Ein noch im Dezember 1918 zwischen den konservativen Kreisen und den fortschrittlichen Kräften um Beck ausgehandeltes Neun-Punkte-Programm leitete eine Verfassungsdiskussion ein. 1920 veröffentlichte Beck in den ON einen Verfassungsentwurf für eine konstitutionelle Monarchie auf demokratisch und parlamentarischer Grundlage mit Verankerung der Staatsgewalt in Fürst und Volk, Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber dem Landtag und dem Recht auf Initiative und Referendum auf Gesetzes- und Verfassungsebene. Im September 1920 konnte Beck seine Vorstellungen in Verhandlungen auf Schloss Vaduz weitgehend durchsetzen. Die daraus resultierenden Schlossabmachungen vom 20.9.1920 und ein von Regierungschef Josef Peer als Regierungsvorlage präsentierter Verfassungsentwurf bildeten die Grundlage der neuen Verfassung vom 5.10.1921.

Ab 1918 drängten Beck und seine VP immer stärker auf die Loslösung von dem im Ersten Weltkrieg unterlegenen Österreich und die Hinwendung zur Schweiz. Die Kündigung des seit 1852 bestehenden Zollvereins mit Österreich 1919 und der Abschluss eines neuen Zollanschlussvertrags mit der Schweiz 1923 sowie die Einführung des Schweizer Frankens 1924 wurden von Beck wesentlich gefördert.



Nachdem die VP bei den Landtagswahlen 1922 eine Zweidrittelmehrheit erzielt hatte, übernahm Beck das Amt des Landtagspräsidenten. In der Folge war er an der Ausarbeitung einer Reihe bedeutender Gesetze massgeblich beteiligt, u.a. am Gerichtsorganisationsgesetz (1922), Volksrechtegesetz (1922), Landesverwaltungspflegegesetz (1922), Staatsgerichtshofgesetz (1925), am PGR (1926) und am Gesetz über das Treuunternehmen (1928).

1923–1928 war Beck Verwaltungsratspräsident der Sparkassa (→Liechtensteinische Landesbank) und 1925–1930 Vizepräsident des Staatsgerichtshofs. Im Sparkassaskandal von 1928 hatte Beck, der schon 1919–1922 in die Briefmarkenaffäre verwickelt gewesen war, wegen Verletzung der Aufsichtspflicht zusammen mit Regierungschef Gustav Schädler die politische Verantwortung zu tragen. Ein ab 1929 gegen den ehemaligen Verwaltungsrat, ab 1932 nur noch gegen Beck geführter, auch politischer motivierter Zivilprozess mündete 1935 in die Verurteilung Becks zur Schadenersatzzahlung; den Ausgang seiner Berufung erlebte Beck nicht mehr. Die infolge des Sparkassaskandals 1928 abgehaltenen Neuwahlen brachten einen politischen Umsturz, die VP erreichte noch vier Sitze. Beck trat bei dieser Wahl nicht an, erlangte aber vier Jahre später nochmals ein Landtagsmandat. Kurz vor seinem Tod fusionierte 1936 die VP mit dem Liechtensteiner Heimatdienst zur Vaterländischen Union.

Beck war Mitglied des Historischen Vereins und veröffentlichte in den ON und im Jahrbuch des Historischen Vereins (JBL) verschiedene Arbeiten zu Themen der liechtensteinischen Geschichte, etwa zu Erbrecht, Verfassungsgeschichte und Landammannamt. Beck bemühte sich um die Bewahrung der «Beigla» (Alprechtshölzer) in Triesenberg und regte 1934 Urkundenveröffentlichungen im JBL an, womit er als Auslöser der Schaffung des Liechtensteinischen Urkundenbuchs gilt.

Politische Gegner sahen in Beck einen Diktator, der sozialistisches Gedankengut verbreiten und «Knaben» in den Landtag schicken wolle. Er wurde als linkslastig, antikirchlich und monarchiegefährdend apostrophiert. Prinz Karl bezeichnete ihn sarkastisch als «Robbespierrli». Prinz Eduard von Liechtenstein beschrieb ihn 1946 als stürmischen Mann von raschen Entschlüssen mit Führungs- und taktischen Qualitäten, bezweifelte aber seine legislativen Talente. Andere Darstellungen unterstreichen ebenfalls seinen ausgeprägten Ehrgeiz, beobachten ein ungeduldiges Streben nach Macht und demokratischen Fortschritten, das ihn bis in den Grenzbereich der Legalität führte, und bezeichnen ihn als visionären Vordenker und Verwirklicher von Ideen. Beck, auf den sich auch die Demokratiebewegung in der Verfassungsdiskussion der 1990er Jahre berief, war eine polarisierende Persönlichkeit; seine Wahrnehmung schwankte zwischen Dämonisierung und Idealisierung. Insgesamt ist Becks Leistung für die Entwicklung von Parteien, Verfassung und Volkswirtschaft Liechtensteins unbestritten.



Werkauswahl

- *Wilhelm Beck*: Unternehmungen und selbständige Vermögensverwaltungen im Fürstentum Liechtenstein, Vaduz 1926.
- *Wilhelm Beck*: Eheliches Güterrecht und Ehegattenerbrecht nach unsern Rechtsquellen, in: Jahrbuch des Historischen Vereins für das Fürstentum Liechtenstein, Bd. 17 (1917), S. 107-122.
- *Wilhelm Beck*: Das Recht des Fürstentums Liechtenstein. (Systematisch dargestellt, nebst Literaturangabe), Zürich 1912.
- *Wilhelm Beck*: Das Fundrecht. Nach dem schweizer. Zivilgesetzbuch unter Berücksichtigung des kantonalen und ausländischen Rechts dargestellt, Zürich 1911.

Literatur

- *Rupert Quaderer-Vogt*: Bewegte Zeiten in Liechtenstein 1914 bis 1926, 3 Bände, Vaduz /Zürich 2014.
- *Arthur Brunhart, Peter Geiger, Rupert Quaderer, Wolfgang Vogt*: Wilhelm Beck (1885–1936). Ein politisches Leben, hg. von der Gemeinde Triesenberg, Redaktion: Wolfgang Vogt, Triesenberg 2011.
- *Hanspeter Lussy, Rodrigo López*: Finanzbeziehungen Liechtensteins zur Zeit des Nationalsozialismus. Studie im Auftrag der Unabhängigen Historikerkommission Liechtenstein Zweiter Weltkrieg, 2 Bände, Vaduz/Zürich 2005, hier S. 60–62, 91–97.
- *Peter Geiger*: Krisenzeit. Liechtenstein in den Dreissigerjahren 1928-1939, Vaduz/Zürich 2000.
- *Arthur Brunhart, Rupert Quaderer*: Wilhelm Beck (1885–1936), in: Die Schlossabmachungen vom September 1920. Studien und Quellen zur politischen Geschichte des Fürstentums Liechtenstein im frühen 20. Jahrhundert, hg. von der Vaterländischen Union, Redaktion: Arthur Brunhart, Vaduz 1996, S. 103–140.

Von der Redaktion nachträglich ergänzt

- *Rupert Quaderer*: «... Es ist des Schweisses wert, sich also der Sache tüchtig anzunehmen». Biographische Spurensuche in den Briefen von Wilhelm Beck, 1913–1915, in: Jahrbuch Historischer Verein für das Fürstentum Liechtenstein, Bd. 124 (2025), S. 123–152.
- *Rupert Quaderer*: Wilhelm Beck. Frühe Jahre eines bewegten Lebens, in: 22 Menschen, die Liechtenstein bewegten, hg. von Frank P. van Eck und Mathias Ospelt, Triesen 2023, S. 142–157.

Nachrufe

- Liechtensteiner Vaterland, 22.1.1936, S. 1.
- Liechtensteiner Volksblatt, 21.1.1936, S. 2.



Normdaten

GND: 106774486X

Zitierweise

Gerda Leipold-Schneider, «Beck, Wilhelm», Stand: 31.12.2011, in: Historisches Lexikon des Fürstentums Liechtenstein online (eHLFL), URL: https://historisches-lexikon.li/Beck,_Wilhelm, abgerufen am 14.6.2026.

Medien



Wilhelm Beck. Fotografie (LI LA).

Abgerufen von „https://historisches-lexikon.li/index.php?title=Beck,_Wilhelm&oldid=31579“